

Close-up Martin Rapold über die US-Wahlen und ein Buch von David Van Reybrouck

Der ewige Wahlkampf

Ich habe mir Ausschnitte aus dem TV-Duell zwischen Kamala Harris und Donald Trump angesehen. Für die ganze Show hatte ich keine Nerven. Jedenfalls hat Trump über Migranten gesprochen, die amerikanische Hauskatzen essen, und Harris würde gerne die Preise im Supermarkt kontrollieren. Irgendwie so. Sicher, Harris ist eine gut ausgebildete und intelligente Ex-Juristin und Trump ein aggressiver, machtbesessener Pausenclown, aber auffällig ist doch vor allem dieses gigantische Polit-Theater. Es geht mit jedem Trick und jeder Lüge nur um eines: gewählt zu werden. Einmal im Amt, gehts ums Gleiche: wiedergewählt zu werden. Dieser aberwitzige chronische Wahlkampf, der absurde Geldsummen verschlingt, scheint gar nie zu enden. In den USA ist das am augenfälligsten. Hat sich jemand erfolgreich verkauft und ist in Amt und Würden, hat er oder sie wesentlich Wichtigeres zu tun, als sich um reale Probleme des Staates, der Bürger oder des Planeten zu kümmern. Weil ohne Amt keine Funktion, ohne Funktion keine Macht, ohne Macht keine Politik. Was bleibt? Der Wahlkampf. Darum kam mir beim Lauschen der Absurditäten von Trump und der unmöglichen Versprechungen von Harris ein Buch in den Sinn.

«Ermüdungssyndrom»

Es ist schon einige Jahre alt, aber aktueller denn je. Es heisst «Gegen Wahlen», erschienen 2016, verfasst vom belgischen Autor, Historiker und Archäologen David Van Reybrouck. Der provokative, undemokratisch anmutende Titel sollte wohl Leser anlocken. Undemokratisch ist das Buch aber gar nicht, wenn dann eher utopisch demokratisch. Reybrouck legt eindringlich dar, dass repräsentative Demokratien an ihrem Prozedere kranken. Der nie endende Wahlkampf verhindere, dass sich Politiker authentisch äussern und verantwortungsbewusst im Sinne der allgemeinen Sache verhalten. Da ist viel dran, und ich habe das Buch dann tatsächlich zu Ende gelesen. Die Lektüre ist insofern sehr spannend, als dass bei der ganzen Wahl-Kritik irgendwann die Frage im Raum steht: Ja, wie denn sonst? Aber dazu später (Ja, ich mach das jetzt auch so. Dann lesen Sie das hier auch bis zum Schluss). Reybrouck beschreibt ein «demokratisches Ermüdungssyndrom», die professionellen Politiker seien den Wählenden entfremdet, es bestehe ein je länger je tieferer Graben zwischen Volk und Establishment. Die Menschen fühlten sich nicht mehr vertreten, weil sie sich



hintergangen sehen durch den reinen Machterhalt der politischen Klasse. Der Kampf um Positionen führe zu Korruption, einem zwanghaften Profilierungsdrang und Medienstress.

Wahlprozess professionalisiert

Laut Reybrouck kann man den Anfang dieses Wahlwahns klar historisch festmachen: Die Französische Revolution habe nur die Erb-Aristokratie beendet und sie mit einer Wahl-Aristokratie ersetzt. Die neuen Herren waren jetzt nicht mehr die blaublütigen Schlossbesitzer, sondern die mit Titeln und Kontakten. Eine neue Elite entstand. Die Elite der Wählbaren. Diese neue Elite sei laut Reybrouck an einer tatsächlichen Mitsprache des Volkes überhaupt nie interessiert gewesen. Es ging nur darum, das Verfahren des Machterhalts zu ändern. Weg von der Genetik hin zur Aristokratie der Wählbarkeit. Wenn man sich das heutige Präsidialsystem in Frankreich näher anschaut, muss man zugeben – das ist so. Der Wahlprozess hat sich seither dermassen professionalisiert, dass er eigentlich im Zentrum steht, und die Sachpolitik zum Casting-Text von Schauspielern verkommen ist, die unbedingt die Hauptrolle kriegen wollen.

Natürlich denken Sie nun zu Recht: die Schweiz! Die Schweiz ist anders! Und es stimmt, wir sind eine direktdemokratische Oase inmitten von wahlkampf-wütigen Nationen. Aber auch bei uns sind eine Verschärfung des Tons und eine Polarisierung feststellbar. Ironischerweise wird das hiesige traditionelle Kollegialitätsprinzip, wel-

«Ironischerweise wird das hiesige traditionelle Kollegialitätsprinzip genau von der Partei ausgehöhlt und gestört, die sich Volkspartei nennt und die traditionelle Schweiz bewahren will.»

ches sachbezogenere Problemlösungen ohne destruktive Oppositionspolitik ermöglicht, genau von der Partei ausgehöhlt und gestört, die sich Volkspartei nennt und die traditionelle Schweiz bewahren will. Aber das ist ein anderes Thema. Zurück zu den weniger direktdemokratischen Beispielen. Reybrouck nennt das Wahlsystem in repräsentativen parlamentarischen Demokratien «primitiv», weil man da alle paar Jahre ein Kreuz hinter den Namen einer Person macht, die die eigenen Interessen dann «vertreten» soll. Der «Vertreter» ist aber hauptsächlich mit seinem eigenen Machterhalt beschäftigt und ändert seine Haltung wie eine Fahne, wenn sich der politische Wind dreht.

Die Altgriechen-Karte

Weil die Volksbeteiligung so indirekt und elitär abläuft, haben Populisten beste Chancen, die Unzufriedenen und Ungehörten und Abgehängten abzuholen, so Reybrouck. Das ist sicher nicht der alleinige Grund für den Erfolg der Trumps und Le Pens und Orbans, aber man muss zugeben, das hat was. Nur: Wenn ein Teil des Problems der Wahlvorgang als solcher ist, was wäre denn eine Lösung? Und jetzt kommts: Reybrouck zieht die Altgriechen-Karte und erinnert daran, dass in der attischen Demokratie praktisch keine professionellen Politiker am Werk waren. Die Regierungsbeauftragten in der Polis wurden nicht per Wahl bestimmt, sondern durch das Los.

Die Loswahl und der Turnus führten zu einer viel direkteren Verbindung zwi-

schen Volk und Regierung. Schliesslich konnte es ja jeden treffen. Jede wiederum nicht, nur männliche Bürger kamen da überhaupt in Frage, Frauen und Sklaven und Nicht-Bürger waren bekanntlich ausgeschlossen.

Losverfahren als Lösung?

Das Losverfahren war lange Zeit die vorherrschende demokratische Form, so auch in den Republiken der Renaissance Venedig oder Florenz. Nur Ämter, die eine grosse fachliche Kenntnis erforderten, wie Militär oder die Finanzen, wurden von Spezialisten, heute würden wir sagen Technokraten, übernommen.

Den gesamten Wahlvorgang mit der Los-Bestimmung zu ersetzen, wäre aber auch Reybrouck zu radikal. Er schlägt eine Mischung vor. Jede und jeder Wahlberechtigte könnte sich zur Verfügung stellen. Wer gezogen wird, kann sich immer noch entscheiden, ob er oder sie mitmachen will. Natürlich müssten diese Leute angemessen bezahlt werden. Aber die hauptsächliche Motivation wäre, Verantwortung für eine Sache jenseits des Parteiengranks zu übernehmen.

Es gibt Beispiele für gelungene Versuche in diese Richtung in Irland, Australien oder Belgien. Ausgeloste Bürgergruppen nehmen aktiv am Regierungsbetrieb teil. So kämen Volk und Politik näher zusammen, weil die Profis, die vor allem wiedergewählt werden wollen, mit einem Miliz-Komitee zusammenarbeiten müssten. Und die Bürger könnten einer Regierung nicht mehr reines Selbstinteresse vorwerfen. Das ist allerdings politisches Science-Fiction-Material und in unserer direkten Demokratie auch ein weniger brennendes Thema als in den indirekteren Demokratie-Formen.

Bis es so weit ist, geniessen wir die Vorstellung. Viel Spass bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen!

Vorname Nachname
Schauspieler